



DAS LIBERALE KONZEPT FÜR DEN SCHUTZ BESONDERS GEFÄHRDETER MENSCHEN

Die Corona-Pandemie wird uns noch eine ganze Weile begleiten. Auch, wenn die Impfungen bald starten sollten, werden voraussichtlich noch Monate vergehen, bis eine Herdenimmunität durch genügend geimpfte Menschen erreicht ist. Das Risiko eines schweren Covid 19-Krankheitsverlaufs steigt in Abhängigkeit von Alter und Vorerkrankungen. Daher müssen wir Menschen, die zu diesen besonders gefährdeten Gruppen gehören, in besonderem Maße schützen. Deren Isolation kann dabei jedoch ebenso wenig die Lösung sein wie regelmäßige, vollständige Lockdowns des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Wir brauchen die richtige Balance zwischen Gesundheitsschutz und Freiheit.

Die Risikogruppe lässt sich einteilen in Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeeinrichtungen einerseits und alle Menschen höheren Alters sowie mit Vorerkrankungen außerhalb von Einrichtungen andererseits. Dazu gehören beispielsweise Menschen mit Stoffwechselerkrankungen, chronischen Atemwegserkrankungen, Autoimmun-Erkrankungen und immunsupprimierte Patienten, z.B. nach Operationen.

Um diese vulnerablen Gruppen effektiv und ihren Bedürfnissen entsprechend zu schützen, bedarf es aus unserer Sicht folgender Maßnahmen:

FÜR MENSCHEN IN PFLEGEINRICHTUNGEN

- Wir unterstützen den Beschlussentwurf der Ständigen Impfkommission (STIKO), der eine Impfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (unter anderem) zunächst für Bewohner von Senioren- und Altenpflegeheimen, Personen im Alter von über 80 Jahren und Personal mit besonders hohem Expositionsrisiko in medizinischen Einrichtungen empfiehlt.
- Wir fordern mehr Schnelltests für die stationäre wie für die ambulante Pflege. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, sowohl das Personal als auch die Pflegebedürftigen täglich per Schnelltest zu testen - bei jedem Betreten der Einrichtung.
- Um das umsetzen zu können, bedarf es dringend der Vereinfachung der behördlichen Regelungen zur Durchführung der Tests - insbesondere kann nach unserer Überzeugung Hilfspersonal geschult werden, statt die Pflegekräfte von ihrer Arbeit am Bett/am Bewohner abzuziehen.
- Hierzu sollte zudem der Einsatz vollautomatisierter, molekulardiagnostischer Testapparate (Anschaffung der dafür notwendigen Geräte und Verbrauchsmaterialien) gefördert werden.
- Ergänzend kann auch das sog. Pooling-Verfahren zur Anwendung kommen. Dies hat den Vorteil, dass bei einem negativen Gruppentest Material- und Zeitaufwand für die Einzeltests eingespart werden kann. Bei einem positiven Ergebnis führt man zusätzliche Tests durch.



www.fdp-fraktion-nds.de
@fdpfraktionnds | @fraktionsleben

Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

**Freie
Demokraten**
 im Landtag
Niedersachsen **FDP**

- Wir fordern eine Testpflicht für Besucher bei jedem Betreten der Pflegeeinrichtungen.
- Um die Testkapazitäten der Pflegeheime nicht zu überlasten, halten wir es bis zum Ende der Pandemie für vertretbar, die Anzahl der Besucher in Pflegeheimen zu begrenzen – lieber zeitweise weniger Besucher als komplette Sperrungen, weil das Virus den Weg in eine Einrichtung gefunden hat.
- Wir wollen die Einrichtungen in die Lage versetzen, neben ausreichend FFP-2 Masken für Mitarbeiter auch FFP-2-Masken für Besucher zur Verfügung zu stellen.
- Wir halten die Refinanzierung von PoC-Schnelltests auch für die ambulante Palliativversorgung und die ambulante psychiatrische Pflege für dringend notwendig.

FÜR ALTE UND MENSCHEN MIT VORERKRANKUNGEN AUSSERHALB VON EINRICHTUNGEN

- Wir fordern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass FFP2-Masken nach ärztlicher Beurteilung verschrieben werden können. Diese sind zum Selbstschutz und Fremdschutz für Vorerkrankte und alte Menschen geeignet. Der Hausarzt kennt das Krankheitsbild und kann beurteilen, wem diese Unterstützung zuteilwerden soll.
- Wir benötigen einen einfachen Zugang zu Schnelltests. Diese müssen in Apotheken erhältlich sein. So können sich gefährdete Personengruppen auf Eigeninitiative vor einer Zusammenkunft (wie z.B. Weihnachten) testen.
- Wir fordern eine Kampagne zur Aufklärung über praktische Tipps und die vermehrte Kommunikation von Forschungsergebnissen zur Vermeidung von Ansteckungen im privaten Umfeld. Wir gehen davon aus, dass die meisten Menschen sich vernünftig verhalten, wenn sie das nötige Wissen über Gefahren und deren Vermeidung haben. So gibt es z.B. Untersuchungen, die belegen, dass die Erregerlast im Rachen (und damit vermutlich eine erhöhte Ansteckungsgefahr für andere Menschen) durch das Gurgeln mit handelsüblichen Mundspülungen massiv reduziert werden kann. HNO-Ärzte und Zahnärzte verfahren seit Monaten so. Ebenso können z.B. Hinweise zur Stärkung der Abwehrkräfte und die Ergebnisse von wissenschaftlichen Untersuchungen zur unterstützenden Gabe von Nahrungsergänzungsmitteln bei einer Erkrankung breit kommuniziert werden.
- Die Landesregierung muss für einen schnelleren Datenaustausch zwischen den Gesundheitsämtern der Kommunen und dem Landesgesundheitsamt sorgen.
- Es ist wichtig, bei der Corona-Warn-App die Möglichkeit zu schaffen, freiwillig die eigenen Kontakt- und Standortdaten für die Nachverfolgung durch die Gesundheitsämter freizuschalten. Daneben sollen auch andere Apps neben der staatlich programmierten zugelassen werden.
- Wir sehen als weiteren Baustein von Hygienekonzepten die stärkere Einbeziehung der Ermittlung der Körpertemperatur durch kontaktloses Messen.

